

Kuhprämie des Landes für Vorarlbergs Bauern

BREGENZ. Vorarlberg ist nach wie vor das einzige Land in Österreich, das eine eigene Kuhprämie vergibt und diese auch für Mutterkühe gewährt. Heuer bekommen 1710 bäuerliche Betriebe insgesamt fast 380.000 Euro als Kuhprämien ausbezahlt, teilt Agrarlandesrat Erich Schwärzler mit. Die Kuhhaltung hat in der Vorarlberger Landwirtschaft eine besondere Bedeutung. Aus diesem Grund hat die Landesregierung bereits 2009 ihr eigenes Modell einer Kuhprämie als de-minimis-Beihilfe nach EU-Recht eingeführt.

Kein Schlachthaus für Zuchtfische geplant

BREGENZ. Während der deutsche Unternehmer Hans Raab (Fischfarm Melander) wiederholt von Behördenkontakten gesprochen hat, sind laut Landesrat Erich Schwärzler keine Pläne für den Betrieb eines Schlachthaus für Zuchtfische bekannt. „Angesichts der tierschutzrechtlichen Bedenken und des Verhaltens von Herrn Raab gegenüber den Schweizer Behörden, kann und darf es für ein derartiges Schlachthaus in Vorarlberg keinen Platz geben“, sagte FPÖ-Klubobmann Dieter Egger, der die Anfrage an Schwärzler gerichtet hatte. „Wir haben gute und verantwortungsbewusste Berufsfischer im Ländle, welche unterstützt werden müssen. Für eine Fischindustrie mit fragwürdigen Tötungsmethoden darf es bei uns keinen Platz geben.“

Bürgerversammlung zur geplanten Raststation

HÖRBRANZ. Eine grenzüberschreitende Bürgerinformationsveranstaltung zum Thema Raststation Hörbranz wird es am 30. November im Leiblachtsaal in Hörbranz geben. Beginn der Versammlung ist um 17 Uhr.

Unternehmensbeteiligungen im Visier der Landesbank

Raiffeisenlandesbank holte Beteiligungsexperte Claus Michael Rhomberg an Bord.

Die Raiffeisenlandesbank Vorarlberg liegelt mit einem weiteren Ausbau ihres Engagements bei Unternehmensbeteiligungen. Im Fokus stehe dabei die zeitweise Beteiligung der Raiffeisenlandesbank beziehungsweise einer zur RLB gehörenden Zweckgesellschaft mit Eigenkapital an „reiferen“ Unternehmen. Zu diesem Zweck sei auch der Beteiligungsexperte Claus Michael Rhomberg seit mehreren Wochen bei der RLB in Bregenz angestellt.

Der zuständige RLB-Vorarlberg-Vorstand Johannes Ortner bestätigte auf Anfrage, dass die RLB den Beteiligungsexperten Claus Michael Rhomberg an Bord geholt habe. Er werde sich in einem ersten Schritt um die bestehenden rund sechs Beteiligungen der RLB Vorarlberg kümmern (etwa BayWa, Mühlen- und Mischfutterwerke,...). Zudem überlege die RLB Vorarlberg auch ein Modell für neue Unternehmensbeteiligungen.

Projektierungsphase

„Wir stellen derzeit Überlegungen an, das Beteiligungsgeschäft, in dem wir ja schon bisher tätig waren und sind, zukünftig noch weiter auszu-

bauen. Deshalb haben wir auch Claus Rhomberg ins Boot geholt, der diesen Markt sehr gut kennt“, sagt Johannes Ortner. Derzeit befinde man sich in der Projektierungsphase, eine Entscheidung der zuständigen Gremien sei aber noch nicht gefallen. Damit rechnet Ortner gegebenenfalls in den kommenden Monaten. Mehr könne man zu diesem Zeitpunkt der Überlegungen nicht sagen, da noch mit einer Entwicklung in die eine oder andere Richtung gerechnet werden müsse.

Zielgebiet: Bodenseeraum

Gut informierte Kreise berichten unterdessen, dass die RLB mittelfristig einen Betrag von rund 30 Millionen Euro für das Vorhaben einplanen dürfte. Die RLB interessiere sich in diesem Beteiligungsgeschäft mit außerbörslichem Eigenkapital vornehmlich für Beteiligungen an bereits etablierten Unternehmen. Die Vergabe von Risiko- beziehungsweise Wagniskapital an Start-Up-Unternehmen, die mit einem erhöhten Ausfallrisiko verbunden sind, stehe nicht im Vordergrund. Geografisch dürfte sich das Zielgebiet rund um den Bodenseeraum erstrecken.

BESUCH BEIM BÜRGERMEISTER



Im Rathaus. Die Kinder des Kindergartens Don Bosco waren zu Besuch beim Bludener Bürgermeister Mandi Katzenmayer.
STADT BLUDENZ



SPÖ: Keine Betreuungsplätze an Landeskrankenhäusern

BREGENZ. „In Vorarlbergs Spitälern fehlt fachärztliches sowie Pflege-Personal“, sagt Gabi Sprickler-Falschlunger (SPÖ). Im Hinblick auf die Konkurrenzsituation mit den benachbarten Ländern würde sich der Platzmangel in den Betriebskindergärten wie etwa in Feldkirch (40 Kinder auf der Warteliste) negativ auf das Anwerben von Personal auswirken.

Mehr Kompetenz für Verkehrsverbund

Empfehlung nach Prüfung durch den Landesrechnungshof:
Zusammenarbeit mit Systempartnern soll geändert werden.

Ein gutes Zeugnis stellt Rechnungshofdirektor Herbert Schmalhardt den Verantwortlichen des Landes für den Bereich Öffentlicher Personennah- und Regionalverkehr aus. „Wir haben ein gut funktionierendes Verkehrsnetz, in das auch viel investiert wurde“, sagt Schmalhardt.

Im Rahmen ihrer Prüfung haben sich die Rechnungshofmitarbeiter unter anderem das III-Kilometer umfassende Schienennetz angesehen. Dort wurden im Jahr 2010 rund 2,78 Millionen Kilometer zurückgelegt. Mehr als 90 Prozent dieser Leistung wurden von den ÖBB erbracht. „Was die Kosten betrifft, wird ein Grundangebot vom Bund zur Verfügung gestellt. Mehrleistungen gehen zu Lasten des Landes“, erklärt Schmalhardt. Die bestellten Mehrleistungen des Landes sind in den letzten fünf Jahren um circa 300.000 Euro gestiegen. Im vergangenen Jahr wurden vom Bund 21,93 Millionen Euro in den Schienenverkehr investiert. Mit knapp fünf Millionen Euro sei der Finanzierungsteil des Landes seit dem

Jahr 2006 zwar um 66 Prozent angestiegen, die Erhöhung sei in Relation zur Entwicklung der Mehrleistung aber angemessen.

Schneller informieren

Verbesserungsmöglichkeiten sieht Schmalhardt bei der Abstimmung des Angebots. „Das Land wird seitens den ÖBB sehr spät über Fahrplanänderungen informiert. Es bleibt nur mehr Zeit zum Reagieren, nicht aber zum Agieren.“ Wünschenswert sei deshalb eine Orientierung an der Schweiz. Dort gebe es sehr konkrete Vorgaben an die Schweizer Bundesbahnen (SBB).

Als einen weiteren, zweiten Teilbereich hatten die Rechnungshofprüfer das Angebot auf der Straße genauer unter die Lupe genommen. „Dieses ist grundsätzlich gut ausgebaut. Es gibt aber keine Unterscheidung zwischen notwendiger Grundversorgung und ein darüber hinausgehendes Angebot. Eine genaue Definition der Grundversorgung wäre allerdings nötig“, meint der Rechnungshofdirektor.

Um das Angebot zielgerichtet ausbauen zu können, wäre ein landesweites Nahverkehrskonzept notwendig. Angebotsplanung und Vertragsvergabe erfolgen derzeit durch verschiedene Systempartner. „Derzeit gibt es acht regionale Gemeindeverbände und die Stadtbusse. Es wäre sinnvoller, diese Ausgaben beim Verkehrsverbund Vorarlberg (VVV) zu konzentrieren.“ Die Planung könne weiterhin dezentral erfolgen.

Was den VVV betrifft, hätten die Verantwortlichen durchaus dazu begetragen, die Qualität weiterzuentwickeln. Allerdings fehlen dem VVV effektive Steuerungs- und Durchgriffsmöglichkeiten. Hier seien die Mitglieder des Landtages gefordert, den Verbund mit mehr Kompetenzen auszustatten.

Das Streckennetz auf der Straße umfasst 1871 Kilometer. Hierfür wurden im Jahr 2010 exakt 56,48 Millionen aufgewendet. Der Anteil des Bundes beläuft sich auf 40, der des Landes auf 22 Prozent. Rund 20 Prozent wurden durch Eigenlösungen erwirtschaftet.

SONJA SCHLINGENSIEPEN



56,48 Millionen Euro wurden 2010 für den Öffentlichen Nahverkehr auf der Straße ausgegeben. PAULITSCH

Vier Gemeinden – eine Finanzverwaltung

ZWISCHENWASSER. Ein Pionierprojekt in Sachen Gemeindezusammenarbeit starteten Anfang November die Gemeinden Dünserberg, Göfis, Weiler und Zwischenwasser. In diesen vier Gemeinden gibt es nur noch eine einzige Finanzverwaltung. Ihre Ziele: Die Verwaltungsabläufe optimieren, gemeinsame Ressourcen nutzen und durch optimale Finanzwirtschaft bare

Münze sparen. Konkret geht es um das Voranschlags- und Rechnungsabschlusswesen, das Mahnwesen, rechtzeitige und vollständige Anträge für Förderungen, geschicktes Darlehensmanagement oder strategisches Finanzmanagement wie etwa eine mittelfristige Finanzplanung. Das Budgetvolumen der vier Gemeinden beträgt insgesamt fast 20 Millionen Euro.

„Dieses Arbeitsfeld bietet sich damit sehr gut für die Zusammenarbeit zwischen Gemeinden an“, ist Bürgermeister Josef Mathis aus Zwischenwasser überzeugt. Diskussionen und Verhandlungen im Vorfeld seien intensiv gewesen. Grünes Licht gaben am Ende die Gemeindevertreter, die in allen vier Gemeinden einstimmig für das Pilotprojekt votierten.



Bürgermeister Josef Mathis.

TM